

**Chefvolkswirt der *Bank Austria* zur Krisenbewältigung:  
„Alles eigentlich nicht so schwierig!“**

Die Protagonisten der neoklassischen Nationalökonomie sind – trotz des fulminanten Versagens ihrer Strategie in den zurückliegenden Jahren – nach wie vor felsenfest davon überzeugt, der herrschenden Krise mit ebenso geschickter Geld- wie entschlossener Fiskalpolitik beikommen zu können. Was dabei leider ausgeblendet wird: Je stärker die von ihnen favorisierte, expansive Geldpolitik zur Verschuldung verführt und für Verzerrungen auf den Märkten, sowie eine, durch den „Cantillon-Effekt“ bedingte, Umverteilung von Vermögen und Einkommen zugunsten des politisch-finanzwirtschaftlichen Komplexes sorgt, desto fragiler wird das gesamte Wirtschaftssystem. Der Konkurs eines einzigen größeren Betriebes - namentlich einer Bank - ist imstande, einen „Dominoeffekt“ auszulösen und eine ganze Serie von Anschlußkonkursen zu verursachen. Um dem vorzubeugen, sind weitere staatliche Eingriffe und Regulierungsmaßnahmen nötig. In der Terminologie der „Österreichischen Schule“ ausgedrückt, wird also eine „*Interventionsspirale*“ in Gang gesetzt. Am Ende dräut die faktische Totalverstaatlichung der Wirtschaft.

Die Abhängigkeit der Finanzmärkte von der staatlichen Geldpolitik ist heute so stark wie noch nie zuvor. Ein einziges Wort der Chefs von FED, EZB, BOE und BOJ reicht mittlerweile aus, um milliardenschwere Kursbewegungen an den internationalen Börsen auszulösen. Wenn aber nicht länger realwirtschaftliche *Fakten*, sondern Absichtserklärungen von Spitzenbürokraten der unter der Bezeichnung *Notenbanken* firmierenden Inflationierungsbehörden über Wohl und Wehe der Weltwirtschaft bestimmen, dürfte das schwerlich als Beleg für die stabilisierende Wirkung der bisher praktizierten, geldsozialistischen Interventionspolitik zu werten sein.

Der Chefvolkswirt der Bank Austria, Stefan Bruckbauer, ein überzeugter Vertreter der neoklassischen Wirtschaftstheorie, legte im Rahmen einer Mittelstandsveranstaltung seines Instituts, soeben ein leidenschaftliches Bekenntnis zur staatlichen Wirtschaftslenkung mittels geldpolitischer Instrumente ab. Eingangs erklärte er, daß die Lage in der Eurozone bei Weitem nicht so schlimm sei, wie von den Medien kolportiert werde. Er erkenne deutliche Anzeichen für eine bevorstehende Besserung. Zwar würden in Österreich die beiden ersten Quartale des laufenden Jahres ein „*negatives Wachstum*“ aufweisen und damit das gesamte Jahr 2013 faktisch „*verloren*“ sein. Ab 2014 aber werde es mit dem Wirtschaftswachstum wieder aufwärts gehen.

Die europäische Politik – in Sonderheit die *deutsche* - habe auf die Krise Griechenlands leider „*prozyklisch*“ reagiert. Frau Merkel habe „*alles falsch gemacht*“. Bruckbauer: „*Der „Fall Griechenland“ war eine Zäsur für Europa – mit weit schlimmeren Auswirkungen als die Lehman-Pleite.*“ Anstatt daraufhin, wie in Europa geschehen, „*dumm*“ zu sparen und damit jede Wachstumschance im Keim abzutöten, habe man in den USA mit einer Politik des „*quantitative easing*“ der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung erfolgreich entgegengewirkt und könne sich demzufolge heute bereits wieder über ein moderates Wachstum freuen. Jedenfalls bestehe in Europa – angesichts der weit größeren Staatsverschuldung in den USA und in Japan – keinerlei Grund für eine restriktive Geldpolitik.

Immerhin sei die Haushaltssanierung im Euroraum, infolge des „*aggressiven Sparkurses*“ der letzten Jahre, „*strukturell erledigt*“. Österreich weise – ebenso wie die gesamte Eurozone – ein „*strukturelles Haushaltsdefizit*“ (d. h. ohne die Berücksichtigung der Zinslast für die bestehenden Altschulden), von *nur 1,2%* aus. Es bedürfe daher keiner weiteren Sparpakete. Und genau darin liege der Grund dafür, optimistisch zu sein. Zwar hätten einige Staaten der Eurozone – wie etwa Frankreich - *strukturelle Reformen* noch vor sich, aber keinesfalls dürfe jetzt noch „*dumm*“ gespart werden.

Die nach wie vor bestehende Spreizung bei den Kreditzinsen in der Eurozone, sei ein schlagender Beweis dafür, daß die Bildung einer *Bankenunion unbedingt erforderlich* sei. Es dürfe einfach nicht sein, daß das Rating der Banken von der jeweils praktizierten, *nationalen Geldpolitik* abhängt - was den deutschen Banken derzeit massive Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten in der Peripherie verschaffe. Ohne die garantierte Aussicht auf staatliche Unterstützung, würde die Bewertung der deutschen Banken nämlich deutlich schlechter ausfallen. In Spanien dagegen, dessen Regierung gegenwärtig „*...bei Herrn Schäuble nachfragen muß, ob es seinen Banken helfen darf*“, sei die Bankenlandschaft dadurch mit erheblichen, nicht selbst verschuldeten, Problemen belastet.

Der Weg zur Bankenunion stehe aber ohnehin bereits „*auf Schiene*“ und werde nur noch durch die bevorstehenden Wahlen in Deutschland verzögert. Spätestens 2014 werde es aber so weit sein. Alle europäischen Banken stünden dann unter einheitlicher Aufsicht durch die EZB (oder durch die von dieser beauftragten, nationalen Notenbanken und anderer Finanzaufsichtsorgane).

Inflation sei derzeit „*überhaupt kein Thema*“. Österreich werde 2013 einen Wert von lediglich 1,9% zu verbuchen haben. Die Ausweitung der Geldmenge durch die Zentral- und Geschäftsbanken, habe bislang keinerlei inflationistische Wirkung, da dieses Geld gar nicht in den Wirtschaftskreislauf gelange, sondern von den Banken selbst „gebunkert“ oder bei den Notenbanken deponiert werde.

Die Sparquote, die vor Ausbruch der Krise bei knapp 12% lag, sei auf 7,7% des BIP gesunken, was gut für den Konsum sei.

Hinsichtlich der „*Verteilungsgerechtigkeit*“ gäbe es in Österreich, mit einem GINI-Koeffizienten von 0,261 (USA: 0,378, Spanien 0,317, Deutschland 0,287), nichts zu bemängeln. Nirgendwo sonst lägen die Einkommen auf einem derart gleichen Niveau wie hierzulande. Diesbezüglich sei Österreich also ein „*Musterknabe*“.

Aus heutiger Sicht müsse man sich in der Eurozone auf eine „*mehnjährige Tiefzinsphase*“ einstellen. Indes müsse klar sein, „...*daß es nicht ewig eine Nullzinspolitik geben kann.*“

Das Wachstum der Eurozone sieht Bruckbauer in den kommenden Jahren bei durchschnittlich 1,5, in den USA bei 3,3 und in China bei 8,4 Prozent.

Bruckbauer zusammenfassend: Was Europa gegenwärtig unbedingt brauche, sei ein

- ▶ *Ende der aggressiven Sparpolitik,*
  - ▶ *mehr Verteilungsgerechtigkeit,*
  - ▶ *eine Bankenunion und die*
  - ▶ *Beendigung der Refinanzierungsschwierigkeiten.*
- „*Alles eigentlich nicht so schwierig!*“

Der Autor dieses Beitrags hat soeben die Lektüre der „*Krise der Inflationkultur*“ abgeschlossen – des jüngsten Werkes aus der Feder des „Austrian“ Guido Hülsmann. Folglich hatte der Besuch der geschilderten Veranstaltung geradezu den Effekt eines Kneipp’schen *Kaltwassergusses*. „Sparen“ – von der Österreichischen Schule zur unbedingten Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung erklärt, steht bei Bruckbauer stets im Zusammenhang mit Adjektiven wie „*dumm*“ oder „*aggressiv*“, ist also ausschließlich *negativ* konnotiert. Schuldenmacherei und hemmungslose Geldproduktion dagegen mutieren in seinen Ausführungen zu Tugenden. Der Mann hat Keynes’ „*General Theory*“ aufmerksam studiert, soviel steht fest.

Die Fragwürdigkeit dieser von Hauptstromökonomien wie Bruckbauer gepredigten Lehre wird indes schon dadurch deutlich, daß eine simple Frage aus dem Publikum den eloquenten Vortragenden in erkennbare Schwierigkeiten bringt: Wohin denn die uferlose, immer weiter zunehmende Verschuldung führen werde, weil doch am Ende schließlich irgendjemand dafür zu bezahlen habe?, bringt den Vortragenden in erheblichen Erklärungsnotstand. Nach einigem Zögern räumt er ein; „*Wenn wir kein Wachstum schaffen, das es uns ermöglicht, aus den Schulden herauszuwachsen, wird es ohne Schuldenschnitt oder eine deutlich erhöhte Inflation nicht gehen.*“ Na also – damit ist die Katze aus dem Sack: Der Staat kann sich nach seinem Jahrzehntlang zelebrierten Kreditausgang gar nicht anders entschulden, als mittels der brutalen Enteignung seiner Gläubiger – sei es durch Zwangshypotheken, Zwangsanleihen, erhöhte Inflation oder mittels einer Währungsreform. Alles schon dagewesen – *hierzulande* und keineswegs in grauer Vorzeit!

Um tatsächlich „*aus den Schulden herauszuwachsen*“, wären in den kommenden Jahren jährlich mindestens fünf Prozent Wirtschaftswachstum nötig. Angesichts zum Teil konfiskatorischer Steuertarife und einer erdrückenden Regulierung der Wirtschaft durch nationale und supranationale Bürokratien, ist diese Vorstellung indes illusorisch. Somit steht fest, wohin die Reise geht: private Vermögen – überwiegend die der *staatstragenden Mittelschicht* - werden massiv dazu herangezogen werden (*müssen!*), um die maroden Staatshaushalte zu sanieren. Um einzuschätzen, welche Konsequenzen eine derartige *Erosion des Kapitalstocks* für das Wohlstandsniveau nach sich ziehen wird, braucht man kein Studium der Nationalökonomie absolviert zu haben...

Andreas Tögel  
[a.toegel@atomed.at](mailto:a.toegel@atomed.at)